



Kartengrundlage: Liegenschaftskarte Maßstab: 1:1000 Gemarkung: Hildesheim, Flur: 48 Quelle: Auszug aus den Geobasisdaten der Niedersächsischen Vermessungs- und Katasterverwaltung. © 2014 LGLN Landesamt für Geo-Information und Landesvermessung Niedersachsen	
Für die Ausarbeitung des Planentwurfs:	Die Aufstellung dieses Bebauungsplans und dieser örtlichen Bauvorschrift wurde gem. § 2 Abs. 1 BauGB (neueste Fassung) vom Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr der Stadt Hildesheim in seiner Sitzung am 01.07.2015 beschlossen. Der Aufstellungsbeschluss wurde am 04.07.2015 in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht. Die Unterrichtung und Erörterung gemäß § 3 Abs. 1 BauGB erfolgte vom 06.07.2015 bis 31.07.2015. Gleichzeitig bestand allgemeine Gelegenheit zur Äußerung und Erörterung.
Hildesheim, den 24.04.2017. Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung	Hildesheim, den 24.04.2017. Der Oberbürgermeister Im Auftrage
gez. S. Bröuer.....	gez. S. Bröuer.....
Dem Entwurf mit Begründung zur Aufstellung dieses Bebauungsplans und dieser örtlichen Bauvorschrift hat der Ausschuss für Stadtentwicklung, Bauen, Umwelt und Verkehr der Stadt Hildesheim gem. § 2 BauGB (neueste Fassung) in der Sitzung am 31.05.2017 zugestimmt und die öffentliche Auslegung gem. § 3 Abs. 2 BauGB beschlossen.	Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan und dieser örtlichen Bauvorschrift hat gem. § 3 Abs. 2 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom 20.06.2017 bis 19.07.2017 zu jedermanns Einsicht öffentlich ausgestellt. Die Auslegung ist am 10.06.2017, mit dem Hinweis auf die Möglichkeit zur Vorbringung von Äußerungen während der Auslegungsfrist in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung bekannt gemacht worden.
Hildesheim, den 17.07.2017. Der Oberbürgermeister Im Auftrage	Hildesheim, den 17.07.2017. Der Oberbürgermeister Im Auftrage
gez. S. Bröuer.....	gez. S. Bröuer.....
Der Entwurf mit Begründung zu diesem Bebauungsplan und dieser örtlichen Bauvorschrift hat gem. § 4 Abs. 3 BauGB (neueste Fassung) in der Zeit vom 13.09.2017 bis 13.09.2017, im Amtsblatt für den Landkreis Hildesheim bekannt gemacht worden. Der Bebauungsplan und die örtliche Bauvorschrift sind damit am 13.09.2017 rechtsverbindlich geworden und liegen zu jedermanns Einsicht bereit.	Dieser Bebauungsplan und diese örtliche Bauvorschrift wurden gem. § 10 BauGB und § 58 des Niedersächsischen Kommunalverfassungsgesetzes vom Rat der Stadt Hildesheim in der Sitzung vom als Satzung beschlossen. Die Begründung ist gem. § 9 Abs. 8 BauGB beigefügt; ihr wurde zugestimmt.
Hildesheim, den 14.09.2017. Der Oberbürgermeister Im Auftrage	Hildesheim, den 26.09.2018. Der Oberbürgermeister Im Auftrage
gez. S. Bröuer.....	gez. S. Bröuer.....

Hinweise	
1. Grünordnerischer Fachbeitrag Zu diesem Bebauungsplan wird von der Planungsgemeinschaft Stadtlandschaft in Hannover ein grünordnerischer Fachbeitrag erarbeitet. Pflanzgebote werden durch den grünordnerischen Fachbeitrag konkretisiert.	
2. Schallschutzmaßnahmen und schalltechnische Untersuchung Das Plangebiet ist, so durch Verkehrslärm vorbelastet, so dass mindestens passive Schallschutzmaßnahmen gemäß der Normenreihe DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“ erforderlich sind (siehe textliche Festsetzungen Ziffer 4). Grundlage der Festsetzungen sind die Ergebnisse der im Rahmen des Bebauungsplanverfahrens durchgeführten schalltechnischen Untersuchungen der Gesellschaft für Akustik, Messungen und Technische Planungen in Isernhagen. Einschneidung der DIN 4109 „Schallschutz im Hochbau“ ist im Fachbereich Stadtplanung und Stadtentwicklung möglich.	
3. Besonderer Artenschutz Die Fällung bzw. Rodung von Bäumen und Gebüsch darf nicht in der Zeit vom 01.03. bis zum 30.09. eines jeden Jahres stattfinden. Vor der Fällung der in der Karte 2 des grünordnerischen Fachbeitrags gekennzeichneten Bäume ist das Vorkommen von Fledermäusen, anderer Höhlen bewohnenden Arten sowie ggf. artenschutzrechtlich relevanter Käferarten zu überprüfen. Dieses kann in einigen Fällen unter Zuhilfenahme eines Endoskops von einer Leiter aus erfolgen, in anderen Fällen erscheint der Einsatz eines Hubzeigers notwendig und sinnvoll. Sollten entsprechende Tiere vorgefunden werden, wäre das weitere Vorgehen mit der Unteren Naturschutzbehörde der Stadt Hildesheim abzustimmen.	
4. Brandschutz Mit dem Trinkwassernetz kann nur eine begrenzte Löschwassermenge sichergestellt werden. Es ist daher seitens des Bauherren zu gewährleisten, dass eine ausreichende Löschwassermenge zur Verfügung steht.	
5. Archäologie Erdarbeiten im Plangebiet bedürfen einer denkmalrechtlichen Genehmigung gemäß § 13 Niedersächsisches Denkmalschutzgesetz, die im Vorfeld bei der Unteren Denkmalschutzbehörde der Stadt Hildesheim zu beantragen ist. Die Unterfassung stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einem Bußgeld geahndet werden. Die Erdarbeiten sind von geeignetem archäologischem Fachpersonal zu begleiten. Hierbei entstehende Kosten sind durch den Verursacher zu tragen.	
6. Altlastenverdächtige Flächen Innerhalb des Plangebiets befinden sich Flächen (im WA), die aufgrund ehemals ausgeübter branchenüblicher Tätigkeiten im Altlastenkataster der Stadt Hildesheim als „eingeschränkt altlastenrelevant“ geführt werden. Die gesamte Ausdehnung der betroffenen Flächen kann dem Altlastenkataster der Stadt Hildesheim entnommen werden. Auch beim Abruch vorhandener Gebäude und Parkplatzflächen ist ggf. mit Schadstoffbelastungen zu rechnen. Im Rahmen nachfolgender Baugenehmigungsverfahren ist die Untere Bodenschutz- bzw. Abfallbehörde der Stadt Hildesheim zu beteiligen. Im Bereich der Flächen für Gemeinbedarf sind schädliche Bodenveränderungen bekannt.	
7. Weiterbe-Pufferzonen und Umgebungsschutz Die UNESCO fordert in ihren Richtlinien für die Durchführung des Übereinkommens zum Schutz des Kultur- und Naturerbes der Welt die Freihaltung der Sichtachsen auf die Weiterbestände, um die visuelle Integrität der Weiterbestände zu gewährleisten und verlangt hohe Schutzstandards. Um das unmittelbare Umfeld der Weiterbestände und die historischen Sichtbezüge vor zu starkem Entwicklungs- und Verkehrsdruck zu schützen wurde in Hildesheim eine Pufferzone ausgewiesen, die das gesamte mittelalterliche Stadtgebiet mitsamt den neuzeitlichen Wallanlagen umfasst. Durch den Schutz der Weiterbestände wird sichergestellt, dass der außergewöhnliche universelle Wert erhalten bleibt und nachteilige Auswirkungen auf das Kulturgut unterbleiben. Die Sichtbeziehung und Fernwirkung auf die Weiterbestände darf nicht durch bauliche Maßnahmen behindert oder beeinträchtigt werden. Östlich an das Plangebiet angrenzend befindet sich ein Baudenkmal § 8 NDSchG (Anforderungen an die Gestaltung von Anlagen in der Nachbarschaft von Baudenkmalen sowie Schutz der besonderen Wirkung des Baudenkmal) ist zu beachten.	
8. Geltungsbereiche B und C Die Flächen der Geltungsbereiche B und C liegen innerhalb des „Bodenplanungsgebietes Innersteaue in der Stadt Hildesheim“ (BPG-VO). Die Vorgaben der BPG-VO sind bei Eingriffen in den Boden zu beachten. Gleiches gilt bei der Bewirtschaftung der Fläche - insbesondere bei Beweidung.	

Planzeichenerklärung	
1. Art der baulichen Nutzung <div><div>WA</div>Allgemeine Wohngebiete (sh. textl. Fests. Nr. 1) (§ 4 BauNVO) <div>MI</div>Mischgebiete (sh. textl. Fests. Nr. 2) (§ 6 BauNVO)</div>	
2. Maß der baulichen Nutzung (§ 9 Abs. 1 Nr.1 BauGB, § 16 BauNVO) <div><div>1,6</div>Geschossflächenzahl III Zahl der Vollgeschosse als Höchstmaß <div>0,5</div>Grundflächenzahl IV Zahl der Vollgeschosse zwingend</div>	
3. Bauweise, Baulinien, Baugrenzen (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, §§ 22 und § 23 BauNVO) <div><div>Baugrenze</div>a Baulinie</div> <div><div>a</div>Abweichende Bauweise (sh. textl. Fests. Nr. 6) <div>o</div>Offene Bauweise</div>	
4. Einrichtungen und Anlagen zur Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen des öffentlichen und privaten Bereichs, Flächen für den Gemeinbedarf, Flächen für Sport- und Spielanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 und Abs. 6 BauGB) <div><div>Flächen für den Gemeinbedarf (sh. textl. Fests. Nr. 3)</div><div><div>Schule</div><div>Kindergarten, Hort</div></div></div>	
5. Verkehrsflächen (§ 9 Abs. 1 Nr. 11 und Abs. 6 BauGB) <div><div>Straßenverkehrsflächen</div><div>Verkehrsflächen besonderer Zweckbestimmung: Fuß- und Radweg</div><div>Bereich ohne Ein- und Ausfahrt</div><div>Straßenbegrenzungslinie</div></div>	
6. Flächen für Versorgungsanlagen (§ 9 Abs. 1 Nr. 12 BauGB) <div><div>Flächen für Versorgungsanlagen</div><div>Versorgungsfläche Elektrizität</div><div>Versorgungsfläche Fernwärme</div></div>	
7. Planungen, Nutzungsregelungen, Maßnahmen und Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 und Abs. 6 BauGB) <div><div>Umgrenzung von Flächen für Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft</div><div>Baum erhalten</div></div>	
8. Sonstige Planzeichen <div><div>Abgrenzung unterschiedlicher Nutzung</div><div>Mit Leitungsrechten zu Gunsten der Energieversorgung Hildesheim GmbH & Co. KG (EVI) zu belastende Fläche (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 und Abs. 6 BauGB)</div><div>Abgrenzung unterschiedlicher Lärmpegelbereiche</div><div>LPB IV Lärmpegelbereich (sh. textl. Fests. Nr. 4)</div><div>Schaffung von Ersatzhabitaten für Fledermäuse (sh. textl. Fests. Nr. 13)</div><div>Grenze des räumlichen Geltungsbereichs des Bebauungsplans (§ 9 Abs. 7 BauGB)</div></div>	

Örtliche Bauvorschrift	
1. Gebäudehöhen Im Mischgebiet beträgt die zulässige Traufhöhe 9 Meter und die zulässige Gebäudehöhe höchstens 15 m. Die Traufhöhe ist an der Außenfläche der Außenwand von der Oberkante des angrenzenden Geländes bis zum Schnittpunkt der Außenwand mit der Unterkante der Dachsparren zu messen. Die Gebäudehöhe ist zu messen zwischen der Oberkante des Dachfirsts oder der obersten Attika und der mittleren natürlichen Geländeoberfläche. (§ 84 Abs. 3 Nr. 1 NBauO)	
2. Fassadengestaltung Die Fassadengestaltung in mit Leuchtmittel angereicherten Farben (z.B. RAL 1016 - Schwefelgelb, RAL 1026 - Leuchthellgelb, RAL 2005 - Leuchtorange, RAL 2007 - Leuchthellorange, RAL 3024 - Leuchtröt, RAL 3026 - Leuchthellrot, RAL 6037 - Reingrün, RAL 6038 - Leuchtgrün oder ähnlich) ist unzulässig. In den allgemeinen Wohngebieten sowie in den Flächen für Gemeinbedarf sind zudem die Fassadengestaltung in Farben mit starker Buntwirkung, oder mit glänzenden Materialien sowie übermäßig viele unterschiedliche und damit unruhige Gliederungselemente unzulässig. (§ 84 Abs. 3 Nr. 1 NBauO)	
3. Geländeveränderungen Veränderungen der natürlichen Geländeoberfläche, die der Belichtung von Räumen in Kellergeschossen dienen, sind nicht zulässig. (§ 84 Abs. 3 Nr. 1 NBauO)	
4. Antennen Parabolantennen dürfen nicht höher angebracht werden, als bis zu 1 m unterhalb des Dachfirstes bzw. der obersten Attika. Parabolantennen sind in ihrer Farbgebung der Farbe des Gebäudeteils anzupassen, an dem sie befestigt sind. Parabolantennen sind auch auf Flachdächern zulässig, wenn sie bis auf mindestens 50 m Entfernung aus einer Augenhöhe von 1,70 m hinter der Attika verdeckt bleiben. (§ 84 Abs. 3 Nr. 3 NBauO)	
5. Ordnungswidrigkeiten Ordnungswidrig handelt gemäß § 80 Abs. 3 NBauO, wer vorsätzlich oder fahrlässig den örtlichen Bauvorschriften zuwiderhandelt. Als Tatbestand gilt die Nichteinhaltung der Vorschriften über Gebäudehöhen, Fassadengestaltung, Geländeveränderungen und Antennen gemäß Ziff. 1 und 4. Solche Ordnungswidrigkeiten können gemäß § 80 Abs. 5 NBauO mit einer Geldbuße bis zu 400.000,00 € geahndet werden.	

Textliche Festsetzungen	
1. Allgemeine Wohngebiete In den Allgemeinen Wohngebieten sind die nicht störenden Handwerksbetriebe nur ausnahmsweise zulässig. Gartenbaubetriebe und Tankstellen sind nicht zulässig. (§ 4 Abs. 3 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 6 BauNVO)	
2. Mischgebiet Im Mischgebiet sind Gartenbaubetriebe, Tankstellen und Vergnügungsstätten nicht zulässig. (§ 6 Abs. 2 und 3 BauNVO i.V.m. § 1 Abs. 5,6 und 9 BauNVO)	
3. Fläche für Gemeinbedarf Innerhalb der Fläche für Gemeinbedarf sind neben den allgemein zulässigen Nutzungen Schule mit einer angegliederten Turnhalle, Kindergarten, Krippe und Hort auch private Sportanlagen ausnahmsweise zulässig. (§ 9 Abs. 1 Nr. 5 BauGB)	
4. Schallschutzmaßnahmen a) Im Bebauungsplan wird gemäß § 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB zum Schutz vor Schallmissionen passiver Schallschutz entsprechend der DIN 4109 i.V.m. Lärmpegelbereichen (LPB) festgesetzt. In den festgesetzten Lärmpegelbereichen: (LPB) V (maßgeb. Außenlärmpiegel 71-75 dB(A)), res. Bau-Schalldämm-Maß 45 dB, (LPB) IV (maßgeb. Außenlärmpiegel 66-70 dB(A)), res. Bau-Schalldämm-Maß 40 dB, (LPB) III (maßgeb. Außenlärmpiegel 61-65 dB(A)), res. Bau-Schalldämm-Maß 35 dB, (LPB) II (maßgeb. Außenlärmpiegel 56-60 dB(A)), res. Bau-Schalldämm-Maß 30 dB, (LPB) I (maßgeb. Außenlärmpiegel ≤ 55 dB(A)), res. Bau-Schalldämm-Maß 30 dB, ist die Errichtung und Änderung von Gebäuden mit schutzbedürftigen Aufenthaltsräumen nur zulässig, wenn die Außenbauteile die Anforderungen an die Lärmschalldämmung für die jeweils zutreffenden Lärmpegelbereiche gemäß Normenreihe DIN 4109 erfüllen. Die erforderlichen Schalldämmmaße sind im Baugenehmigungsverfahren auf Basis der DIN 4109 nachzuweisen. In Abhängigkeit vom Lärmpegelbereich dürfen die in der DIN 4109 aufgeführten resultierenden Luftschalldämmmaße für die Außenbauteile nicht unterschritten werden. b) Bei Errichtung und Änderung von Gebäuden mit schutzbedürftigen Aufenthaltsräumen im WA1, WA3, MI und innerhalb der festgesetzten Flächen für Gemeinbedarf kann der maßgebliche Außenlärmpiegel auf der straßenabgewandten Gebäuseite ohne gesonderten Nachweis um einen Lärmpegelbereich (d.h. um 5 dB(A)) vermindert werden. c) Im WA1, WA3 und MI ist für schutzbedürftige Räume, die als Kinderzimmer oder Schlafraum genutzt werden sollen, der Einbau schalldämmter Lüftungseinrichtungen vorzusehen. Im WA1 und WA3 kann der Einbau von schalldämmten Lüftungseinrichtungen entfallen, wenn, wenn sich der schutzbedürftige Raum auf der straßenabgewandten Seite befindet. d) In den Lärmpegelbereichen III bis V sind bebaute Außenwohnbereiche (Terrassen, Loggien und Balkone) nur auf der von der Geräusquelle (Straße) abgewandten Gebäuseite im direkten Schallschatten des Gebäudes zulässig. Alternativ sind sie zulässig, sofern sie durch eine mindestens 2 m hohe Abschirmmaßnahme oder durch bauliche Schallschutzmaßnahmen geschützt werden. e) Ausnahmen von können im Einzelfall zugelassen werden, wenn im Bauantragsverfahren fachgutachterlich nachgewiesen wird, dass dieser Schutz nicht erforderlich ist. (§ 9 Abs. 1 Nr. 24 BauGB i.V.m. § 1 Abs. 4 BauNVO)	
5. Ermittlung der Geschossfläche Bei der Ermittlung der zulässigen Geschossfläche sind die Flächen von Aufenthaltsräumen in anderen Geschossen einschließlich der zu ihnen gehörenden Treppenträume und einschließlich ihrer Umfassungswände mitzurechnen. (§ 20 Abs. 3 Satz 2 BauNVO)	
6. Abweichende Bauweise Die abweichende Bauweise entspricht der offenen Bauweise gemäß § 22 Abs. 2 BauNVO bis auf die Gebäudelänge, die hier keiner Beschränkung unterliegt. (§ 9 Abs. 1 Nr. 2 BauGB, § 22 Abs. 4 BauNVO)	
7. Nicht überbaubare Grundstücksflächen Die nicht überbaubaren Grundstücksflächen in den allgemeinen Wohngebieten und im Mischgebiet müssen dort, wo sie an öffentliche Verkehrsflächen angrenzen mit Ausnahme von Garagen (sh. Nr. 8) sowie der Flächen für notwendige Grundstufzufahrten und -zugänge, Grünflächen sein. (§ 9 Abs. 1 Nr. 10 BauGB)	
8. Garagen und Nebenanlagen Garagen und Carports sind an der Zufahrtsseite nur ab einem Mindestabstand von 5,00 m zu öffentlichen Verkehrsflächen zulässig. An Seiten- und Rückwänden von Garagen und Carports ist in allen Baugebieten ein Mindestabstand von 2,00 m zu öffentlichen Verkehrsflächen einzuhalten. Die Abstandsflächen sind mit immergrünen Sträuchern zu bepflanzen, die zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen sind. Nebenanlagen - mit Ausnahme von Einfriedungen und Müllboxen - sind nur auf den überbaubaren Grundstücksflächen zulässig. (§ 23 Abs. 5 BauNVO und § 9 Abs. 1 Nr. 25 a BauGB)	
9. Leitungsrechte Die „mit Leitungsrechten zu belastende Fläche“ ist mit Leitungsrechten zugunsten der Ver- und Entsorgungsträger zu belasten und darf nicht mit Hochbauten überbaut werden. (§ 9 Abs. 1 Nr. 21 BauGB)	
10. Freileitungen Versorgungsleitungen jeglicher Art sind unterirdisch zu verlegen. (§ 9 Abs. 1 Nr. 13 BauGB)	
11. Anpflanzen und Erhalten von Bäumen a) Bei Stellplatzanlagen ist pro 5 Stellplätze in unmittelbarer Nähe jeweils ein hochwüchsiger Laubbaum anzupflanzen, dauerhaft zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen. Im Stammbereich der Bäume müssen mindestens 8m² unversiegelt sein und vor Bodenverdichtung geschützt werden. (§ 9 Abs. 1 Nr. 25a BauGB) b) Die zur Erhaltung festgesetzten Einzelbäume sind dauerhaft zu erhalten und bei Abgang zu ersetzen. Im Stammbereich dieser Bäume müssen jeweils mindestens 10 m² unversiegelt sein und vor Bodenverdichtung geschützt werden. Die DIN 18920 ("Schutz von Bäumen bei Baumaßnahmen"), die landschaftspflegischen Schanmaßnahmen in der Richtlinie für die Anlage von Straßen (RA) sowie die Vorgaben vom Fachbereich Tiefbau und Grün zum Schutz von Bäumen im Bereich von Baustellen sind im Rahmen von Baumaßnahmen bei den festgesetzten Einzelbäumen anzuwenden. (§ 9 Abs. 1 Nr. 25 b BauGB)	
12. Maßnahmen zum Schutz der Natur (Schaffung von Ersatzhabitaten für Fledermäuse) In den Wohngebieten WA1 und WA2a sind jeweils mind. 12 Ersatzquartiere für Fledermäuse (Microchiroptera) zu schaffen. Diese sind in einer Höhe von mind. 10 m (bzw. höchster möglicher Punkt) jeweils an der Ostseite der Gebäude anzubringen. Die Quartiere müssen eine Größe von mind. 15 x 3 cm aufweisen. Sie sind mit einer Einschlupföffnung von 10 x 3 cm zu versehen, die waagrecht oder senkrecht ausgeführt sein kann. Die Fläche unterhalb des Einschlupfes muss rau sein. Sofern zwischen eigentlichem Quartier und Einschlupf eine Strecke zu überwinden ist, müssen die anzulegenden Hohlräume als Zugang zum Quartier eine Höhe von mindestens 2 - 3 cm anbieten. In einem Bereich von etwa 1 m unterhalb der Ausflugsöffnung darf kein Hindernis sein. Die Ersatzhabitate sind dauerhaft zu erhalten. (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 und Abs. 1a BauGB)	
13. Externe Ausgleichsmaßnahmen Die im Geltungsbereich B des Bebauungsplans liegende Fläche für „Maßnahmen zum Schutz, zur Pflege und zur Entwicklung von Natur und Landschaft“ (Ölweise) sind 12 Bäume zu pflanzen. Es sind Arten der Hartholzaue mit einem Stammumfang von mindestens 18/20 cm vorzusehen, wie Steleiche (Quercus robur), Silberweide (Salix alba), oder Flatterulme (Ulmus glabra). (§ 9 Abs. 1 Nr. 20 BauGB)	

Rechtsgrundlagen	
Für diesen Bebauungsplan gelten:	
<ul style="list-style-type: none">das Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23.09.2004 (BGBl. I. S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 04.Mai.2017 (BGBl. I. Nr. 25, S. 1057 ff)die Verordnung über die bauliche Nutzung der Grundstücke (Baunutzungsverordnung BauNVO) in der Fassung vom 23.01.1990 (BGBl. I. S. 132), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 11.06.2013 (BGBl. I. S. 1548)die Niedersächsische Bauordnung (NBauO) in der Fassung vom 03.04.2012 (Nds. GVBl. S. 46), zuletzt geändert durch Artikel 2 des Gesetzes vom 23.07.2014 (NDS. GVBl. S. 206).das Niedersächsische Kommunalverfassungsgesetz (NKomVG) in der Fassung vom 17.12.2010 (Nds. GVBl. S. 576), zuletzt geändert durch Artikel 1 des Gesetzes vom 26.10.2016 (Nds. GVBl. S.226)	
Geltungsbereich B	M 1:2500
Geltungsbereich C	M 1:2500
Übersichtsplan (Geltungsbereich A)	M 1:5000
Stadt Hildesheim	
Bebauungsplan HM 244	
und Örtliche Bauvorschrift HM 244	
" Renatastraße "	
Der Bebauungsplan HM 304 wird aufgehoben, soweit er vom Geltungsbereich des Bebauungsplans HM 244 überdeckt wird.	
Maßstab 1:1000	20.07.17